

Ihre Webinar-FAQs im Überblick: TK-Fachwebinar Änderungen zum Jahreswechsel 2025/2026

Damit Sie die Webinarinhalte noch besser nutzen können, finden Sie hier die häufigsten Fragen aus dem Webinar kompakt beantwortet. Bei Fragen stehen wir gerne zur Verfügung – und freuen uns schon jetzt auf ein Wiedersehen in einer unserer nächsten Veranstaltungen!

Darf ein Beamter, der ein Rentenkonto bei der gesetzlichen Rentenversicherung hat, aber Pension bezieht, auch 2.000 Euro dazu verdienen?

Ja, sofern der (ehemalige) Beamten die Regelaltersgrenze erreicht hat und sich in einem Beschäftigungsverhältnis befindet, in dem der Arbeitgeber Beiträge zur Rentenversicherung nach § 172 Abs. 1 SGB VI zahlt.

Sind geringfügig Entlohnte auch ausgeschlossen, wenn der Arbeitnehmer nach ELStAM besteuert wird, oder nur die, für die Pauschsteuer durch abgeführt wird?

Sämtliche Geringfügige Beschäftigungen nach § 8 Abs. 1 SGB IV sind ausgeschlossen.

Handelt es sich bei den 2.000 Euro um einen Freibetrag oder um eine Freigrenze?

Es handelt sich um einen monatlichen Freibetrag, d.h. lediglich der 2.000 Euro übersteigende Anteil ist steuerpflichtiger Arbeitslohn.

Die Entfernung für die Fahrten zwischen Wohnung und erster Arbeitsstätte war nicht korrekt. Könnte denn die Berechnung nicht korrigiert werden? Dann würde die Steuer per Zuflussprinzip der Lohnsteuerbescheinigung des aktuellen Jahres zugeordnet werden.

Es wird nicht beanstandet, wenn eine Korrektur einer bereits übermittelten elektronischen Lohnsteuerbescheinigung noch bis zum letzten Tag des Monats Februar des Folgejahres vorgenommen wird. Beispielsweise könnte eine bereits im Januar übermittelte Bescheinigung noch bis Ende Februar des jeweiligen Jahres berichtigt werden. Vgl. BMF-Schreiben vom 5. September 2024 – IV C 5 - S 2378/19/100002 :002. Der Arbeitgeber muss verbleibende Fälle, in denen er die Lohnsteuer nicht nachträglich einbehalten kann, unverzüglich dem Betriebsstättenfinanzamt anzeigen (sogenannte haftungsbefreiende Anzeige im Sinne des § 41c Absatz 4 EStG), damit das Finanzamt die zu wenig erhobene Lohnsteuer vom Arbeitnehmer oder der Arbeitnehmerin nachfordern kann.

Wurde zu viel Lohnsteuer einbehalten, kann sich der Arbeitnehmer oder die Arbeitnehmerin diese im Rahmen einer Einkommensteuerveranlagung "zurückholen".

Muss bei der Geringverdienerförderung beachtet werden, ob der Arbeitnehmer weitere Beschäftigungen ausübt? Wenn ja, müsste ich mir dann die Entgelte der anderen Beschäftigungen bestätigen lassen?

Die Geringverdienerförderung ist lediglich über das erste Dienstverhältnis möglich (vgl. § 100 Abs. 1 EStG).

Gilt als Anschaffung auch ein Gebrauchtfahrzeug, das nach dem 1. Juli 2025 angeschafft wurde?

Ja.

Es ist immer auf die Anschaffung abzustellen? Also wenn der Arbeitnehmer ein Auto in 12/25 überlassen bekommt, welches in 05/25 angeschafft wurde, sollte dieses den Bruttolistenpreis von 70.000 Euro überschritten haben, ist der Bruttolistenpreis zur Hälfte statt zu einem Viertel zu berücksichtigen - richtig?

Ja, dies ist korrekt.

Wie lasse ich mir die kWh nachweisen, wenn mehrere E-PKW zu Hause geladen werden? Ggf. auch mehrere Dienstfahrzeuge bei Ehegatten?

Bei der Ermittlung der vom Arbeitnehmer für das Aufladen des **betrieblichen Kraftfahrzeugs** selbst getragenen Stromkosten aus der Nutzung einer häuslichen Ladevorrichtung ist die Strommenge mittels eines gesonderten stationären oder mobilen (beispielsweise wallbox- oder fahrzeuginternen) Stromzählers für dieses betriebliche Kraftfahrzeug nachzuweisen. (Vgl. RZ 27 BMF Schreiben vom 11.11.2025 IV C 5 - S 2334/00087/014/013).

Gilt die Strompreispauschale auch in voller Höhe, wenn der Arbeitnehmer parallel auch im Betrieb Strom tanken kann?

Ja.

Erstattung privater Stromkosten: Ist die Anwendung der Strompreispauschale verpflichtend oder können auch weiterhin die tatsächlichen Stromkosten erstattet werden (nachgewiesen per Tarfnachweis des privaten Stromlieferanten)?

Bei betrieblichen Elektrofahrzeugen oder Hybridelektrofahrzeugen des Arbeitgebers, die dem Arbeitnehmer auch zur privaten Nutzung überlassen werden, stellt die Erstattung der vom Arbeitnehmer selbst getragenen Stromkosten einen steuerfreien Auslagenersatz nach § 3 Nummer 50 EStG dar. Zur Ermittlung der Höhe des steuerfreien Auslagenersatzes sowie des auf den privaten Nutzungswert anzurechnenden Betrags für die vom Arbeitnehmer selbst getragenen individuellen Stromkosten aus der Nutzung der häuslichen Ladevorrichtung gilt Folgendes:

Entweder

- Ermittlung der tatsächlichen Stromkosten oder nach der
- Strompreispauschale

Werden die Vorsorgepauschalen auch für Betriebsrentner übermittelt oder nur für aktive Mitarbeiter?

Mit dem ELStAM-Datenabruf auch für Betriebsrentner.

Kann ein Widerspruch zurückgenommen werden? Ab wann würden dann Daten übermittelt?

Das ist mit den jeweiligen Versicherungsunternehmen zu klären.

Wo finde ich denn eine Definition, welche Bestandteile in den Verdienst mit einzurechnen sind? Wir befürchten, dass unser Abrechnungsdienstleister ihn nicht korrekt ermittelt. Insbesondere die umgewandelten Mitarbeiter-Beiträge zur bAV sind strittig.

Speziell zum Krankengeld und weiteren Entgeltersatzleistungen gibt es das Gemeinsame Rundschreiben des GKV-Spitzenverbandes und der Spitzenorganisationen der Kranken- und Unfallversicherung vom 7.9.2022 in der Fassung vom 11.12.2024. (Gemeinsames Rundschreiben vom 07.09.2022 in der Fassung vom 11.12.2024 zum Krankengeld nach § 44 SGB V, § 44b SGBV, zum Verletztengeld nach § 45 SGB VII und zum Krankengeld der Sozialen Entschädigung nach § 47 SGB XIV).

Zur Berechnung des Zuschussbetrages zum Mutterschaftsgeld vgl. Gemeinsame Rundschreiben der Krankenkassen- Spitzenverbände zu den Leistungen bei Schwangerschaft und Mutterschaft vom 6./7.12.2017 in der Fassung vom 3.12.2020

Wie kann man im Nachhinein die Zuschläge der Pflegeversicherung zurückfordern, da keine Korrektur mehr vor 6/2023 möglich ist? Bsp. Eltern haben die Elterneigenschaft gar nicht angegeben, weil sie die Abfrage der Elterneigenschaft nicht verstanden haben, oder nicht vollständig alle Kinder angegeben.

Der Nachweis der Elterneigenschaft für den Beitragszuschlag zur Pflegeversicherung kann grundsätzlich jederzeit erbracht werden. Solange der Nachweis nicht vorliegt, ist der Zuschlag zu zahlen; das Gesetz geht bis zur Vorlage des Nachweises von einer widerlegbaren Vermutung der Kinderlosigkeit aus.

Für die Rückwirkung und Erstattung gelten folgende Fristen und Regelungen:

- Wird der Nachweis für ein zwischen dem 1.4.2023 und 30.6.2023 geborenes Kind innerhalb von 3 Monaten nach der Geburt erbracht, gilt der Nachweis rückwirkend ab dem Monat der Geburt. Erfolgt der Nachweis später, wirkt er ab Beginn des Monats, der dem Monat folgt, in dem der Nachweis erbracht wird.
- Für vor dem 1.7.2023 geborene Kinder bleibt ein vor dem 1.7.2023 erbrachter Nachweis weiterhin wirksam.
- Für Zeiträume ab dem 1.7.2023 können Auskünfte zur Elterneigenschaft im Datenaustauschverfahren maximal 4 Kalenderjahre rückwirkend eingeholt werden. Für weiter zurückliegende Zeiträume muss der Nachweis im Einzelfall direkt beim Arbeitgeber oder der Zahlstelle erbracht werden.

Es gibt keine absolute Ausschlussfrist, aber die Rückwirkung des Nachweises ist auf 3 Monate begrenzt: Wird der Nachweis verspätet erbracht, entfällt der Zuschlag erst ab dem Monat nach Vorlage des Nachweises. Eine weitergehende Rückerstattung ist nur in den oben genannten Sonderfällen möglich.

Wie kann es sein, dass bei einem Mitarbeiter nur ein Kind von ELStAM zurückkommt, obwohl der Mitarbeiter Zwillinge hat und diese auch beim Finanzamt zu Beginn der Beschäftigung angemeldet hat?

Sofern die Steuerklasse IV vorliegt, wird pro Elternteil 1,0 berücksichtigt.

Ist bei der Rückmeldung von weniger Kindern immer eine Historienanfrage erforderlich oder nur wenn vorab keine Abfrage der Kinder stattgefunden hat (weder Verfahren mit Nachweis, Selbstauskunft)?

Im Anwendungsfall vereinfachtes Nachweisverfahren/kein Verfahren ist eine Historienanfrage notwendig, wenn im Rahmen der Bestandsanlage mehr Kinder zurückgemeldet werden als in der Vergangenheit (bis 1.7.2023) berücksichtigt wurden.

Über ELStAM wird ein Kind gemeldet (geboren 2015), welches weder dem Arbeitgeber noch dem Lohnbüro mitgeteilt wurde. Ab wann kann rückwirkend der Beitrag zur PV korrigiert werden?

Wird der Nachweis für ein vor dem 1.4.2023 innerhalb von drei Monaten bzw. zwischen dem 1.4.2023 und 30.6.2023 geborenes Kind innerhalb von drei Monaten nach der Geburt erbracht, gilt der Nachweis rückwirkend ab dem Monat der Geburt. Erfolgt der Nachweis später, wirkt er ab Beginn des Monats, der dem Monat folgt, in dem der Nachweis erbracht wird. Wird der Nachweis verspätet erbracht, entfällt der Zuschlag erst ab dem Monat nach Vorlage des Nachweises.